

NACHRICHTEN

GRUNDGESETZÄNDERUNG GEPLANT

Weg frei für private Autobahnen

BERLIN | Private Geldgeber sollen sich künftig am Bau und Betrieb von Autobahnen in Deutschland beteiligen können, für die ansonsten Bund und Länder gemeinsam verantwortlich sind. Dazu wird das Grundgesetz geändert. Wie, darauf haben sich gestern Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsministerium geeinigt: Die privaten Investoren sollen sich zwar nicht direkt an der geplanten Autobahn-Gesellschaft privaten Rechts im Besitz von Bund und Ländern beteiligen können, die sich um die Autobahnen und einige Fernstraßen kümmern soll – das

hatte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ursprünglich gefordert. Aber sie sollen Projekte der Gesellschaft mitfinanzieren dürfen, heißt es in einem Gesetzentwurf, der der taz vorliegt. Die Grünen kritisieren das: „Versicherungen und Banken, die sich [...] an den Autobahnen beteiligen, machen das nicht umsonst. Am Ende muss jemand deren Profite bezahlen, und das werden die Steuerzahler und Autofahrer sein“, sagt Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag. (taz)

Meinung + Diskussion SEITE 9

KAI SCHLIETER ÜBER DIE PRIVATISIERUNG DER AUTOBAHNEN

Tricksen, täuschen, schröpfen

Erschreckend, wie LeserInnen und WählerInnen hier verschaukelt werden: beim größten Privatisierungsvorhaben seit der Wiedervereinigung, für das eigens eine Infrastrukturgesellschaft gegründet wird. Als klar war, dass sich keine Konzerne an der Gesellschaft beteiligen werden, verbreitete die *Süddeutsche Zeitung* die Exklusiv-Meldung: „Gabriel stoppt Autobahn-Privatisierung“.

Sehr viele Medien übernahmen die strategische Irreführung. Die JournalistInnen der *Süddeutschen* wissen, dass Sigmar Gabriel das, was er angeblich stoppte, tatsächlich erst erfunden hat. Lässt sich im SZ-Archiv nachlesen. Oder aktuell bei der ARD: „Die Blaupause zu den Regierungsplänen liegt seit Anfang 2015 auf dem Tisch. Damals berichtete „Panorama“ in Kooperation mit der *Welt* exklusiv über die Pläne der sogenannten Gabriel-Kommission. Auch das stimmt nur ein bisschen. Denn die Kommission, die in Gabriels Auftrag die Infrastrukturgesellschaft aus dem Hut zauberte, war nach Marcel Fratzscher

benannt. Und was die Exklusivität betrifft: Die taz enthüllte das Vorhaben bereits 2014.

Eitelkeiten und die Bereitschaft, Fakten zu verdrehen, um exklusiv zu erscheinen. Nicht gut für die Demokratie.

Aber ist wenigstens die Privatisierung vom Tisch? Nein, sie wird kommen. Denn sie hängt weniger von der Eigentümerstruktur der Gesellschaft ab. Entscheidend ist der Zugriff des Bundes, der im Nebel unbeirrt sein eigentliches Vorhaben verfolgt: angesichts niedriger Zinsen sichere Anlageprodukte für Konzerne zu schaffen und durch den Trick von langfristigen Verträgen an Private, das Verschuldungsverbot zu umgehen. Euphemistisch „Öffentlich-Private Partnerschaft“ genannt.

Für die „Schwarze Null“ und das Wohlwollen der Konzerne nehmen die Berliner Koalitionäre in Kauf, SteuerzahlerInnen in dreistelliger Milliardenhöhe zu schröpfen. Die Alternative für Deutschland freut das.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 6